

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-BEZIRKS HESSEN-NORD



FOTO: BÜRO SPIES

Liebe Genossinnen, liebe Genossen.

„Europa ist die Antwort“ - so lautet unser Leitbild für die Europawahl am 26. Mai 2019.

Die Vorbereitungen und Planungen für den Wahlkampf bei uns im Bezirk sind schon recht weit gediehen.

Unsere Kandidatin Martina Werner wurde auf der Liste mit einem noch chancenreichen 17. Platz abgesichert. In den kommenden Monaten werden wir unsere ganze Kraft dafür einsetzen, dass die nordhessische SPD im neuen Europaparlament weiter mit einer Abgeordneten vertreten sein wird, die für die Interessen der Menschen in unserer Region eintritt.

Wir werden Europa nicht auf die leichte Schulter nehmen. Viele gemeinsame europäische Überzeugungen wurden in den vergangenen fünf Jahren besonders durch rechtskonservative Nationalisten in und außerhalb der EU bedroht. Internationale Bündnisse und Absprachen, auf die wir uns früher verlassen konnten - beispielsweise das Pariser Klimaabkommen - werden in Zeiten von „America first“ zugunsten nationaler Interessen aufgegeben.

Deshalb brauchen wir gerade jetzt ein starkes Europa, das solidarisch zusammensteht und Flagge zeigt für Frieden, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Gerade jetzt müssen wir den nationalen Egoisten von rechts den europäischen Mehrwert entgegensetzen.

Gerade jetzt brauchen wir eine gut funktionierende Europäische Union, die für ihre Bürgerinnen und Bürger arbeitet, in die Zukunft investiert, die gute Arbeit und faire Regeln für alle sicherstellt. Nur mit einer starken SPD werden unsere hohen Standards als Maßstab für eine europäische Arbeitnehmer- und Sozialpolitik gelten.

Die Idee Europa - für Frieden und Freiheit, für Gerechtigkeit, Solidarität und Ausgleich - bleibt eine Wertekonstante, für die es sich zu kämpfen lohnt. ■

Dr. Thomas Spies
Stellvertretender Bezirksvorsitzender



Würdige Verabschiedung für Brigitte Hofmeyer auf dem Neujahrsempfang der SPD Kassel-Land.

FOTO: FRANK WEYMANN

DANKE AN BRIGITTE HOFMEYER Neujahrsempfang der SPD Kassel-Land

Mit über 300 Gästen blickte der SPD-Unterbezirk Kassel-Land beim traditionellen Neujahrsempfang im Elgerhaus in Schauenburg auf ein wechselvolles Jahr zurück und richtete den Blick vor allem auf die Herausforderungen in diesem Jahr.

Die nordhessische Europaabgeordnete Martina Werner nutzte den Neujahrsempfang sogleich auch dazu, die Gäste auf die Europawahl am 26. Mai einzustimmen. „Gerade in einer Zeit, in der sich Russland, die USA und China in erster Linie auf ihre eigene Stärke besinnen, kann und muss ein geeintes Europa die Antwort auf den Nationalismus sein. Bei der kommenden Europawahl ist das Ziel, Populisten, Nationalisten und Extremisten auszubremsen und sich für ein soziales, gerechtes und solidarisches Europa stark zu machen“, sagte Martina Werner zu den Anwesenden.

Im Mittelpunkt des Neujahrsempfangs

stand aber die Verabschiedung unserer langjährigen Landtagsabgeordneten Brigitte Hofmeyer aus Hofgeismar.

Sie kandidierte nach 18 Jahren im Herbst nicht wieder. Hessens SPD-Generalsekretärin Nancy Faeser ließ es sich nicht nehmen, die Verabschiedung ihrer Freundin und Landtagskollegin mit sehr persönlichen Worten vorzunehmen. Dabei betonte sie, dass die Stärke Brigitte Hofmeyers ihre Verwurzelung und kommunalpolitische Verankerung in Nordhessen sei. Brigitte Hofmeyer hat sich vor allem in der Schulpolitik und in ihrer Zeit als feuerwehrpolitische Sprecherin einen Namen gemacht. Aber auch ihr starker Einsatz gegen die Oberweserpipeline und mögliche Speicherbecken im Reinhardswald oder für den Flughafen Kassel-Calden ist beispiellos. Dabei hat sie so manchen Kollegen aus Südhessen sachlich und fachlich erstmal überzeugen müssen. ■

SCHWARZ-GRÜN BIETET: NICHTS!

Warnecke: Straßenbeiträge abschaffen

Die SPD-Landtagsfraktion wird ihr Landtagswahlversprechen einhalten. Erneut wird das Gesetz zur Abschaffung der Straßenbeiträge in den Landtag eingebracht werden. Die SPD-Fraktion ist gespannt, ob Schwarz-Grün erneut nicht einmal eine Anhörung dieses Gesetzes zulassen will. So hatten sie es vor der Wahl gemacht. Nach der Wahl steht nichts zu den Straßenbeiträgen im Koalitionsvertrag. Auch weiterhin sollen die Kommunen angehalten werden, Straßenbeiträge zu verlangen. Formal besteht zwar die Freiheit, dies nicht zu machen. Allein die

Kommunen müssten diesen Anteil selber aufbringen. Und wenn die laufenden Raten für die Kredite nicht beglichen werden können, muss die Anwohnerschaft bezahlen. Die SPD will nach wie vor erstens die generelle Abschaffung der Straßenbeiträge. Zweitens soll das Land pauschal allen Kommunen einen Zuschuss pro Kommunalstraßenkilometer zahlen, um grundhaft erneuern zu können. Unbürokratisch, unkompliziert und für alle gleich. Klar, dass Schwarz-Grün wortreich dagegen ist. Denn Kommunen sollen geknechtet werden und die Bürgerschaft zahlen. ■

ASF FORDERT DIE STREICHUNG DES § 219A

Abstimmung im Bundestag muss freigegeben werden

Am 19. Januar 1919 durften die Frauen zum ersten Mal wählen und gewählt werden. Ihr Weg dahin war lang, Kritiker trauten ihnen im Vorfeld nicht zu, gewissenhafte Entscheidungen zu treffen. „Heute 100 Jahre später müssen wir uns fragen, ob diese Vorbehalte in unserer Gesellschaft noch immer bestehen“ so die Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Hessen-Nord, Monika Vaupel.

Grund für ihre Zweifel ist die aktuelle Diskussion um den Paragraphen 219a. Noch immer sei es Ärzten in Deutschland verboten, über Schwangerschaftsabbrüche zu informieren. „Was sagt uns das? Der Gesetzgeber hält Frauen lieber von Informationen fern, weil er glaubt, sie könnten nicht selbstbestimmt eine gewissenhafte Entscheidung treffen“ folgert Vaupel.

Mit dem Kompromisspapier der Großen Koalition ist die ASF unzufrieden. Noch immer werde von einem Werbeverbot gesprochen. Das diene ausschließlich dazu, Frauen Informationen vorzuenthalten. Vaupel kritisierte damit auch, dass Ärzte ausschließlich Informationen von staatlichen Stellen verlinken dürften. Die Strafandrohung von 2 Jahren bleibe bestehen, wenn Ärzte eigenständig auf ihren Webseiten informierten. „Frauen müssen sich umfassend informieren und auch vergleichen können. Das geht nur, wenn sie auch die Informationen der Ärzte selbst lesen können.“

„Ärzte sind per Gesetz dazu verpflichtet, Patienten vor einem Eingriff über die Methode und die Risiken aufzuklären. Es ist absurd, wenn sie nicht auch auf ihrer Homepage darüber informieren dürfen. Sie müssen frei von Strafandrohungen über ihre Leistungen, Aus- und Weiterbil-

dungen und Erfahrungen im Rahmen von Schwangerschaftsabbrüchen informieren dürfen. Sie brauchen endlich Rechtssicherheit.“

„Frauen brauchen ein flächendeckendes und wohnortnahes Netz von Beratungsstellen und Eingriffsmöglichkeiten. Sie sowie Ärztinnen und Ärzte müssen diese Beratungsstellen, Praxen und Kliniken ungefährdet und unbelästigt aufsuchen können“ ergänzte Vaupel.

Die ASF bezweifelt, dass eine an dem vorliegenden Kompromisspapier orientierte Gesetzesvorlage, diese Anforderungen erfüllen wird. Die SPD-Frauen bleiben deshalb dabei: Paragraph 219a muss abgeschafft werden.

„Wenn die CDU so vollmundig an das Gewissen der Frauen und Ärzte appelliert, sollte sie einer offenen Abstimmung im Sinne einer Gewissensentscheidung im Bundestag zustimmen“, so Vaupel. ■

GLÜCKWUNSCH!

Dieter Wischke
aus Marburg
Ruth Selbert
aus Kassel
Josef Lenhardt
aus Fuldatal
zum 95. Geburtstag

Elfriede Frey-Koch
aus Kassel
Karl-Heinz Mihr
aus Gudensberg
zu 70 Jahren
Parteimitgliedschaft ■

100 JAHRE FRAUENWAHLRECHT: ES BLEIBT NOCH VIEL ZU TUN

Am 19. Januar feierten wir 100 Jahre Frauenwahlrecht in Deutschland. Die SPD hatte von Anfang an für das Frauenwahlrecht gekämpft. Die Forderung nach dem Wahlrecht für Frauen wurde bereits 1891 in das Parteiprogramm (Erfurter Programm) der SPD aufgenommen. 1895 brachten die Sozialdemokraten unter August Bebel einen entsprechenden Gesetzentwurf im Reichstag ein.

Die Durchsetzung ist damit eine der zentralen Errungenschaften der SPD in ihrer über 150-jährigen Geschichte. Denn es waren mutige Sozialdemokratinnen wie Marie Juchacz, Clara Zetkin und Luise Zietz, die das aktive und passive Wahlrecht für Frauen erkämpft hatten. Am 19. Februar 1919 hielt die Sozialdemokratin Marie Juchacz als erste Frau eine Rede in der Nationalversammlung und stellte

fest: „Meine Herren und Damen! Es ist das erste Mal, dass in Deutschland die Frau als freie und gleiche im Parlament zum Volke sprechen kann [...]. Was diese Regierung getan hat, das war eine Selbstverständlichkeit: Sie hat den Frauen gegeben, was ihnen bis dahin zu Unrecht vorenthalten worden ist.“ - Eine selbstbewusste und stolze Äußerung bei gerade einmal 37 weiblichen Abgeordneten, die neben 386 männlichen Kollegen dem ersten Parlament der Weimarer Republik angehörten.

Diese Frauen waren gleichzeitig die Wegbereiterinnen für weitere Meilensteine in der Frauen-, Sozial- und Gleichstellungspolitik. Denn überall, wo Frauen aktiv waren, bekam die Sozialpolitik ein anderes Gewicht, wurde die Benachteiligung von Frauen Schritt für Schritt beseitigt und zunehmend die Gleichberechtigung von

Männern und Frauen verbessert.

Die Juristin Elisabeth Selbert, eine der vier "Mütter des Grundgesetzes", setzte mit großem Einsatz durch, dass der Satz "Männer und Frauen sind gleichberechtigt" 1949 im Artikel 3, Abs. 2 unseres Grundgesetzes als Verfassungsgrundsatz aufgenommen wurde. Trotz dieser formalen Gleichberechtigung stoßen Frauen selbst 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts an viele Grenzen.

Die Verwirklichung der Gleichberechtigung bleibt ein zentrales Anliegen der SPD: Beim Lohn, bei der Besetzung von Führungspositionen und bei der Besetzung der politischen Gremien. Diese Errungenschaften sind nämlich keinesfalls selbstverständlich und müssen immer wieder verteidigt und aktiv weiter vorangetrieben werden. ■

SPD HESSEN-NORD TRAUERT UM WILFRIED BÖTTNER

Leitender Bezirksgeschäftsführer verstorben

Völlig unerwartet verstarb der Leitende Bezirksgeschäftsführer der SPD Hessen-Nord, Wilfried Böttner im Alter von 56 Jahren.

Mit Wilfried Böttner verliert die SPD ein engagiertes Mitglied und einen kompetenten und einsatzfreudigen Geschäftsführer, der sich über Jahrzehnte für die Ziele der Sozialdemokratie eingesetzt hat.

Seit 1983 war Wilfried Böttner Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

Schon in jungen Jahren war er bei den Jungsozialisten aktiv, in seinem Heimatunterbezirk Werra-Meißner und im nordhessischen Juso-Bezirksvorstand.

Als Gemeindevertreter engagierte er

sich kommunalpolitisch in seinem Heimatort Meißner.

Nach Ausbildung und Tätigkeit in der Hessischen Finanzverwaltung in Wiesbaden wuchs der Wunsch in seiner Heimatregion zu arbeiten. Auch weil sein politisches Engagement im Werra-Meißner-Kreis und im Bezirk Hessen-Nord eine hohe Priorität für ihn hatte, wechselte er 1991 als Assistent in das Wahlkreisbüro des damaligen Bundestagsabgeordneten Joachim Tappe nach Witzenhausen.

Seit 1997 war Wilfried Böttner beim SPD-Bezirk Hessen-Nord beschäftigt.

Von 1997 bis 2006 war er als hauptamtlicher Geschäftsführer der SPD im

Unterbezirk Kassel-Land tätig. Seit 2006 war er Leitender Bezirksgeschäftsführer des SPD-Bezirks Hessen-Nord. Kompetent engagierte er sich für die nordhessische SPD. In seinem beruflichen Wirken waren ihm die Ziele der Sozialdemokratie in der gesamten Region ein besonderes Anliegen. Als Vorgesetzter hatte er immer auch die Interessen seiner Mitarbeiter im Blick. Seine ruhige, besonnene Art, Probleme zu lösen, die Beharrlichkeit, mit der er Ziele verfolgte und seinen menschlichen Umgang werden wir nicht vergessen.

Unser ehrliches und tief empfundenes Mitgefühl gilt seiner Ehefrau und seinen Kindern.

Wir werden ihn nicht vergessen. ■



Wilfried Böttner

FOTO: PRIVAT

ERNEUERBAR, DEZENTRAL UND DIGITALISIERT

EU-Parlament und Rat einigten sich auf Reform des Strommarktes

Der europäische Strommarkt soll nachhaltiger, dezentraler und vor allem flexibler werden - darauf haben sich das Europäische Parlament, die EU-Kommission und der Rat geeinigt. "Durch die Energiewende hat sich der Strommarkt in den letzten Jahren rasant weiterentwickelt. Es war an der Zeit, die Spielregeln für jeden einzelnen Marktteilnehmer neu festzulegen", betonte Martina Werner, energiepolitische Sprecherin der SPD-Europaabgeordneten, die beide Dossiers im Namen der sozialdemokratischen Fraktion mitverhandelt hat.

Die neuen Regeln sehen ein Ende der Subventionen für die Kohleförderung ab 2025 vor. "Die EU-Mitgliedstaaten müssen endlich aufhören, ineffiziente und emissionsintensive Kohlekraftwerke durch staatliche Subventionen künstlich am Leben zu erhalten. Stattdessen müssen wir stärker in erneuerbare Energien, in den Netzausbau und in die Digitalisierung investieren", sagte Martina Werner.

Bei den Verhandlungen konnte sich das EU-Parlament mit seiner Forderung für

die Beibehaltung des Einspeisevorrangs für erneuerbare Energien aus Kleinanlagen mit einer Kapazität von 400 Kilowatt beziehungsweise 250 Kilowatt ab 2026 durchsetzen. "Erneuerbare Energien sind der Motor der Energiewende, daher müssen sie Vorfahrt haben in den Netzen. Der Einspeisevorrang stellt sicher, dass die erneuerbaren Energien im Falle von Netzengpässen als letztes abgeriegelt werden - nach konventioneller Energie aus Gas oder Kohle", erklärte Martina Werner.

Außerdem steigern die neuen Regeln den Druck für ein schnelleres Tempo beim Netzausbau. Aufgrund fehlender Netzinfrastuktur wird der Stromhandel momentan zwischen benachbarten EU-Mitgliedstaaten stark eingeschränkt. Bis 2025 müssen die Verbindungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel mindestens zu 70 Prozent geöffnet sein. Sollte dieser Wert nicht erreicht werden, kann die EU-Kommission Mitgliedstaaten zwingen, unterschiedliche Strompreise einzuführen. "Die dezentrale Stromversorgung kann nur gelingen, wenn

der Netzausbau vorankommt. Strukturelle Engpässe erhöhen die Kosten des Stromsystems und belasten Verbraucher durch höhere Netzentgelte. Deutschland muss endlich dafür sorgen, dass der im Norden produzierte Windstrom bei seinen industriellen Abnehmern im Süden ankommt und zwar ohne den Umweg über benachbarte EU-Mitgliedstaaten", forderte Martina Werner.

Für Verteilnetzbetreiber wird es in Zukunft schwieriger, neue Geschäftsfelder zu erschließen. Sie sollen künftig einer stärkeren Kontrolle durch die nationalen Regulierungsbehörden unterzogen werden. Martina Werner zeigte sich enttäuscht über diese Entwicklung: "Die Energiewende findet im Verteilnetz statt. Verteilnetzbetreiber, insbesondere Stadtwerke, leisten einen enormen Beitrag für die Akzeptanz von Infrastrukturprojekten. Gerade bei der Elektromobilität können Stadtwerke den flächendeckenden Ausbau der Ladeinfrastruktur vorantreiben. Ich bin enttäuscht über das fehlende Vertrauen in die lokalen Verteilnetzbetreiber." ■



Martina Werner, MdB

FOTO: BÜRO WERNER

IMPRESSUM

Herausgeber:

SPD-Bezirk Hessen-Nord
Humboldtstr. 8 A
34117 Kassel
Fon 0561/7001013
Fax 0561/7001088
bezirk.hessen-nord@spd.de
www.spd-hessen-nord.de

ANZEIGE

SOZIALDEMOKRAT HEINZ JÜNEMANN: 70 JAHRE EINS MIT DER SPD

Er war Bürgermeister, Stadtrat, Parteigeschäftsführer

Wenn Heinz Jünemann erzählt, dann ist es, als würde eine Chronik der SPD aufgeblättert. Da ist zum Beispiel die Geschichte von seinem ersten Bundesparteitag, 1954 in Berlin, als ein Genosse bei den Vorstandswahlen scheiterte. Das war Willy Brandt, die spätere Lichtgestalt der SPD. Dieser Partei gehört Jünemann seit 70 Jahren an. Dafür wurde der 91-Jährige in Kassel geehrt.

Ein besonderes Jubiläum, das belege die Gästeschar, stellte Mario Lang, Vorsitzender des gastgebenden Ortsvereins Vorderer Westen fest. Mit Christian Geselle, Bertram Hilgen und Hans Eichel waren der aktuelle und zwei frühere Oberbürgermeister gekommen. Dazu Bundestagsmitglied Timon Gremmels, Parteichef Wolfgang Decker und Martina Werner, die heimische Europaabgeordnete.

Sie zeichnete Jünemanns Partei- und Berufsweg nach und sparte nicht mit Anerkennung, bevor sie die Ehrenurkunde überreichte. „Heinz Jünemann und die SPD, das war immer eins“, so Werner. Der Sozialdemokrat habe von Anfang an aktiv mitgearbeitet, so schon bald nach dem Parteieintritt 1948 in seiner Heimatstadt Witzenhausen als Vorsitzender des Ortsvereins.

Es folgten viele weitere Funktionen,

ehe Jünemann 1976 von Berufs wegen zur hiesigen SPD kam: Er wurde für 16 Jahre Geschäftsführer des Unterbezirks Kassel-Stadt. Zudem gehörte er acht Jahre dem ehrenamtlichen Magistrat an.

Er hatte während des Kriegs eine Verwaltungslehre im Rathaus der Stadt Hessisch Lichtenau absolviert, dorthin kehrte er 1970 als Bürgermeister zurück.

Zuvor hatte er den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) im Kreis Witzenhausen geleitet, war Rechtssekretär in Kassel und übernahm 1965 im Gewerkschaftshaus an der Spohrstraße den Vorsitz des DGB-Kreises.

Groß ist die Zahl der Ehrenämter: SPD-Fraktionschef und Erster Stadtrat war Jünemann in seiner Heimatstadt, er leitete den Witzenhäuser Kreistag und den SPD-Unterbezirk, war Abgeordneter im Landeswohlfahrtsverband und saß in dem Arbeitskreis, der sich Ende der 60er-Jahre für die Gründung der Uni Kassel einsetzte. AOK, Konsum-Bewegung, Neue Heimat waren weitere Betätigungsfelder.

„Sehr, sehr beeindruckend“ sei das alles, sagte Gremmels in seinem Grußwort, eine Blaupause für jüngere Genossen: „Sozialdemokraten von heute können davon lernen.“ Decker hob die Rolle als Ratgeber hervor und sprach vom stets hilfsbereiten „Dreamteam im Parteibüro“. Dieses Duo



bestand aus Jünemann und Mitarbeiterin Regina Dreifke, sie war zu Gast bei der Jubiläumsfeier.

Eichel stellte Jünemanns Neutralität bei parteiinternen Intrigen heraus. „Der Heinz war loyal“, er habe sich nie am Strippenziehen beteiligt. „Das war nach Dir nicht immer so“, knüpfte Geselle an und würdigte die Gelassenheit des Jubilars, dessen Devise nach Niederlagen stets lautete: „Wir schütteln uns und machen weiter.“ Hilgen dankte für die Unterstützung seiner ersten politischen Schritte in Kassel und erinnerte an gemeinsame Wahlkämpfe. Das habe eine „sehr persönliche Verbindung“ begründet.

Heinz Jünemann, der das Parteilieben bis heute mit kritischer Sympathie begleitet, strahlte bei den vielen Lobesworten. ■

Eingerahmt von SPD-Präminenz: Heinz Jünemann (vorn), für 70 Jahre Treue zur Partei geehrt, mit der Europaabgeordneten Martina Werner (links) und seiner früheren Mitarbeiterin Regina Dreifke. Im Halbkreis stehen Parteichef Wolfgang Decker (von links), Bundestagsmitglied Timon Gremmels, die Kasseler Oberbürgermeister Christian Geselle, Hans Eichel und Bertram Hilgen, Fraktionschef Patrick Hartmann sowie Mario Lang und Teslihan Ayalp vom SPD-Ortsverein Vorderer Westen.

TEXT UND FOTO: ROLF WIESEMANN

SEITE AN SEITE: 100 JAHRE SPD FRANKENBERG

Frankenberger Sozialdemokraten feierten Jubiläumsfest

Und wir gehen den Weg von hier, Seite an Seite“ sangen die Frauen des Gesangsensembles Da Capo als sich rund einhundert Sozialdemokraten und Gäste aus dem Kreis Waldeck-Frankenberg trafen. Vor historischen Fotos der Lassallschen Fahne, vor Dokumenten und Motiven aus Frankenberg um 1919 auf der Großbildwand begingen sie in einer Festveranstaltung das Jubiläum 100 Jahre SPD-Ortsverein Frankenberg.

In seiner Begrüßung äußerte Hendrik Klinge Stolz darüber, dass er Vorsitzender der ältesten Partei in Frankenberg sei. Er erinnerte an die Jahre, in denen die SPD Widerstand gegen Monarchie und Nationalsozialismus geleistet habe.

„Und auch heute haben wir eine Zeit, die mir manchmal Angst bereitet. Wer glaubte, der um sich greifende Rechtsextremismus in Europa mache vor Deutschland halt, der wurde eines Besseren belehrt“, sagte Klinge. Es sei weiterhin eine „wichtige Aufgabe der SPD, Bollwerk gegen den neuen Faschismus zu sein“.

Auch MdB Dr. Edgar Franke ging auf die Geschichte der SPD ein. „Ohne sie hätte es keine Demokratie und diesen Sozialstaat in Deutschland, auch keine Aussöhnung mit dem Osten gegeben“, sagte Franke.

Sowohl die Landtagsabgeordnete Dr. Daniela Sommer wie auch ihr Mann Dr. Hendrik Sommer, SPD-Unterbezirks-



vorsitzender in Waldeck-Frankenberg, äußerten ihre Freude darüber, dass sich in den letzten Jahren dank der Initiative von Hendrik Klinge in Frankenberg wieder Jungsozialisten für Demokratie und soziale Gerechtigkeit eingesetzt hätten. „Wir sind ein wirklich starker Ortsverein, bei uns treffen sich Generationen“, hob Daniela Sommer hervor.

SPD-Kreisausschussmitglied Erhard Wagner überbrachte die Glückwünsche des Landkreises. Auch er hielt Rückblick auf die kommunalpolitische Arbeit der SPD als einer „ebenso kritischen wie lebendigen Partei in Frankenberg, die mit Bürgermeister aller Couleur zusammen-

SPD-Widerstandskämpfer: Des im KZ Majdanek 1944 ermordeten Frankenberger Sozialdemokraten Karl Richter gedachten im Anschluss an die Feierstunde vor der Museums vitrine mit letzten Habseligkeiten aus dessen Nachlass (von links) Dr. Hendrik Sommer, Dr. Daniela Sommer, Hermann Hirt, Erhard Wagner, Hendrik Klinge und Dr. Edgar Franke.

FOTO: SPD FRANKENBERG

SPD-LANDTAGSFRAKTION

Nordhessen gut vertreten

Die Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion für die 20. Legislaturperiode haben in ihrer konstituierenden Sitzung ihren Fraktionsvorstand gewählt. Ein starkes Votum von 25 Stimmen erhielt der neue und alte Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel. Mit großer Mehrheit wurde auch der Nordhesse Günter Rudolph als Parlamentarischer Geschäftsführer bestätigt.

Dr. Daniela Sommer und Torsten Warnecke gehören als stellvertretende Fraktionsvorsitzende dem Fraktionsvorstand an. ■

gearbeitet hat“.

In seinem Festvortrag über „100 Jahre SPD-Ortsverein Frankenberg“ schilderte Karl-Hermann Völker (Wiesefeld) die Aufbruchstimmung, mit der im Januar 1919 in Frankenberg erstmals wieder Sozialdemokraten nach Jahren des Verbots und antisemitischer Angriffe durch die Böckel-Bewegung politisch Verantwortung trugen.

Völker schilderte auch den Neubeginn nach 1946, zeigte frühere Kandidatenlisten und Wahlergebnisse und ging auf kommunalpolitische SPD-Projekte wie Altstadtanierung und Fußgängerzone ein. ■